

# Schneider-Zeitung

Organ

des Verbandes Christlicher Schneider, Schneiderinnen  
und verwandter Berufe Deutschlands.

Herausgegeben vom Zentralvorstande.

Geschäftsstelle Köln a. Rhein, Denloerwall 9. — Telefon A 8638.

Redaktion und Expedition Köln a. Rh.,  
Denloerwall 9.

Bestellungen für direkte Zusendung,  
Anzeigen etc. sind an die Geschäftsstelle  
zu richten.

Redaktionschluss:  
Montag-Mittag.

Erscheint alle 14 Tage Samstags.  
Abonnementpreis pro Quartal 1 M.,  
ohne Bestellgeld.  
Abonnement-Bestellungen nimmt jede  
Postanstalt entgegen.  
Bei Zusendung unter Kreuzband 1.20 M.  
Verbandsmitglieder erhalten das Organ  
gratis.

Nr. 15.

Köln, den 26. Juli 1913.

10. Jahrgang.

## Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1912.

II.

Ueber die

### Mitgliederverhältnisse

der dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften  
angeschlossenen Verbände führt der Bericht aus:

Die Kurve der Mitgliederbewegung hatte im Jahre  
1911 zunächst eine starke Aufwärtsbewegung ange-  
zeigt, die indes nur bis zum zweiten Halbjahr vorhielt.  
Dann hatte sich eine ruhige und langsame Weiterent-  
wicklung eingestellt, unter dem wesentlichen Einfluß  
der Agitationslähmung infolge der, alle andern Aufpe-  
rungen des öffentlichen Lebens überdündenden Vorbe-  
reitungen auf die Reichstagswahlen. Diese Strö-  
mungen schoben sich, wie bereits dargelegt, auch in das  
Berichtsjahr hinein. Doch ist diesen und den übrigen  
in der Einleitung beschriebenen Vorgängen von allge-  
meiner Bedeutung die nur geringfügige Mitglieder-  
bewegung der christlichen Gewerkschaften im Jahre  
1912 nicht in der Hauptsache zuzuschreiben. Letztere  
beruht vielmehr hauptsächlich auf innergewerkschaft-  
lichen Zwischenfällen. Nach dem Jahresdurchschnitt  
berechnet, steht der Gesamtzahl der Mitglieder von  
310 957 in 1911 eine solche von 311 687 in 1912 gegen-  
über, was einer Steigerung von 730 oder 1,1 Prozent  
gleichkommt. Seht man dagegen von der Endziffer des  
Jahres 1911 in Höhe von 350 574 aus, so beträgt die  
Zunahme, im Vergleich zu der Endziffer des Bericht-  
jahres mit 350 930, nur 356 Mitglieder.

Die einzelnen Verbände sind in ungleichmäßiger  
Weise von der Mitgliederentwicklung betroffen wor-  
den. Es gewinnen vom Jahresdurchschnitt aus ge-  
rechnet: die Bauarbeiter 3736 Mitglieder, die Staats-,  
Gemeinde- und Verfehrsarbeiter 2110, die Holzarbeiter  
1818, die Metallarbeiter 1891, die Heimarbeiterinnen  
1189, die Keramik- und Steinarbeiter 808, die württem-  
bergischen Eisenbahner 622, die Gasthausangestellten  
564, die Maler 484, die Schneider 449, die Lederar-  
beiter 372, der graphischen Zentralverband 368, die  
Nahrungs- und Genussmittelarbeiter 308, der Guten-  
berghand 169, die Krankenpfleger 166, die Gärtner  
18, die bayerischen Eisenbahner 1. Es büßten ein: die  
Bergarbeiter 6600 Mitglieder, die Textilarbeiter 2494,  
die deutschen Eisenbahnhandwerker und Arbeiter 257,  
die Tabakarbeiter 469, die Telegraphenarbeiter 223.

Zu ganzen bedeuten diese Ziffern eine Stagnation  
und teilweise einen Rückgang einzelner größerer Ver-  
bände, während die übrigen Organisationen, gemessen  
an der Wirkkraftslage in 1912, eine normale Ent-  
wicklung aufweisen. Vergleicht man die Ziffern vom  
Jahreschluß 1912 mit denen von 1911, so haben allein  
die Bergarbeiter und die preußischen Eisenbahner  
einen Verlust von ca. 10 000 Mitgliedern aufzuweisen;  
dieser Verlust ist von einer Anzahl Verbände durch  
Mitgliedererwerbisse ausgeglichen worden. Bei den  
Metall- und Textilarbeitern dagegen war eine Stagnation  
in der Mitgliederbewegung festzustellen. Eine  
symptomatische Bedeutung ist den hier behandelten  
Vorgängen im Berichtsjahre nicht beizumessen. Der  
Rückgang bei den Bergarbeitern ist in der Hauptsache  
auf den Ruhrbergarbeiterstreik zurückzuführen. Bei  
solch gewaltigen Kämpfen, bei denen das Sein oder  
Nichtsein von Organisationen auf dem Spiele steht,  
ist eine Erschütterung des Mitgliederbestandes eine  
unvermeidliche Begleiterscheinung. Außerhalb des  
sozialdemokratischen Lagers gibt es jedenfalls nur  
wenig Arbeiterorganisationen in Deutschland, die solch  
die Stürme überhaupt zu überdauern vermögen. Die  
sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsbewegung  
hat denn auch aus Anlaß des Verhaltens des Ge-  
werkschafts christlicher Bergarbeiter beim Ruhrberg-  
arbeiterstreik damit gerechnet, daß Zehntausende von  
Mitgliedern den christlichen Gewerkschaften verloren  
gehen würden. Diese Hoffnung hat sich als trügerisch  
erwiesen. Im übrigen hat nach solchen Kämpfen sich  
fast vorübergehend eine Organisationsmüdigkeit ein-

gestellt. Wesentlich ist dies bei den Bergleuten bald  
wieder überwunden, da nirgends eine stumpfe Resig-  
nation unangebracht ist, als bei den Arbeitern des  
Bergbaues. Der sozialdemokratische Bergarbeiter-  
verband weist in 1912 ebenfalls einen größeren Mit-  
gliederrückgang auf.

Die rückläufige Bewegung bei den preußischen  
Eisenbahner ist auf eine bedeutende Beitragserhöhung  
zurückzuführen, die im Berichtsjahre vorgenommen  
wurde. Als 1908 der Verband der deutschen Eisen-  
bahner gebildet wurde, glaubte man, trotz energischer  
Gegenvorstellungen der Vertreter der christlichen Ge-  
werkschaften, einen Organisationsbeitrag von nur 20  
Pfg. monatlich (ohne Unterstützungsbeiträge) fest-  
setzen zu sollen. Die übrigen norddeutschen Eisenbah-  
nerorganisationen erhoben teilweise einen noch niedri-  
geren Beitrag. Für die Leistung von angemessenen  
Beiträgen an gewerkschaftliche Organisationen fehlte  
damals in den breitesten Kreisen der Eisenbahner  
jedwedes Verständnis. In der Zwischenzeit ist es  
schon bedeutend besser geworden. Der Monatsbeitrag  
von 20 Pfg. wurde von der in 1912 abgehaltenen Ge-  
neralversammlung des Verbandes deutscher Eisenbahner  
radikal beseitigt und durch einen Wochenbeitrag ersetzt,  
der zwischen 10 und 50 Pfg. gestaffelt ist. Diese Bei-  
tragsreform ist dem Verbands nicht von Nachteil ge-  
wesen; am Schluß des ersten Quartals hatte der Ver-  
band die Höchstmitgliederzahl bereits wieder über-  
schritten, die er vor der Beitragsreform aufzuweisen  
hatte.

Auch bei den Metall- und Textilarbeitern ist die  
Mitgliederstagnation im Berichtsjahre auf Beitrags-  
erhöhungen mit zurückzuführen. Diese Verbände wur-  
den zwar nicht wie die Eisenbahner der Beitrags-  
erhöhung halber in der Mitgliederentwicklung zurück-  
geworfen, aber bemühend hat sie sich immerhin vorüber-  
gehend in der Agitation bemerkbar gemacht. Die Texti-  
lindustrie hatte überhaupt in den letzten Jahren mit  
vielen unangünstigen Umständen zu kämpfen; teure  
Baumwollpreise, Stagnation in der Ausfuhr von Texti-  
lstoffen infolge verstärkten Aufkommens der Textil-  
industrie in Ländern, die selber ihre Textilfabrikate  
vielfach von Deutschland bezogen, Wechsel der Mode,  
allgemeine Teuerung usw. Die engen Damenträde und  
Mägen von heute erfordern eine viel geringere Stoff-  
menge als die Moden von ehemals, wie auch durch  
die allgemeine Teuerung der letzten Jahre weite Kreise  
in der Bekleidung von Kleidern sich sehr einschränken  
müßten. In der Textilindustrie konnte daher in den  
letzten Jahren nur in einzelnen Branchen und Bezirken  
eine eigentliche Hochkonjunktur festgestellt werden.

Wie im Vorjahre, so ist auch in 1912 wiederum  
ein Anwachsen der Zahl der weiblichen Mitglieder  
zu verzeichnen und zwar im insgesamt 856. In 1911  
war dieses Anwachsen auffallend stark auf Seiten der  
Textilarbeiterinnen in Erscheinung getreten. Diesmal  
ist dieselbe Gruppe vom Rückgang betroffen worden,  
jedoch nicht stark genug, als daß nicht doch ein weiteres  
Anwachsen, woran in erster Linie die Heimarbeiter-  
innen beteiligt sind, das Schlussergebnis bildete.

Das erkenntlichste Kapitel in dem Bericht bietet  
ohne Zweifel die Gestaltung der

### Kassenerhältnisse.

Diese legen Zeugnis davon ab, daß die Bewegung  
sich weiter entfaltet hat und erstarkt ist, wenn dies auch  
in den Mitgliederverhältnissen weniger zum Ausdruck  
kommt, daß somit die Grundlage, auf welcher die  
christlichen Gewerkschaften arbeiten, ein gesunde ist.  
In den Einnahmen fand eine Steigerung von  
6 243 642 Mark, dem Gesamtbetrag für 1911, auf  
6 608 350 M. in 1912, also um 364 708 M. statt.  
Die Ausgaben weisen eine Verminderung von  
5 299 781 M. in 1911 auf 5 222 727 M. in 1912, d. h.  
um 77 054 M., auf. Und die Vermögensbestände, die  
sich 1911 auf 7 028 492 M. gestellt hatten, betragen  
1912 8 575 658 M., was eine Steigerung um 1 492 716  
M. — rund 1 1/2 Million bedeutet. Als Fazit: Stei-  
gerung der Einnahmen und mehr noch des Vermö-

gens. Jedenfalls eine Finanzwirtschaft, die für sich  
selber spricht.

Au Hand der tabellarischen Uebersicht läßt sich der  
Vergleich zum Vorjahre in den einzelnen Positionen  
durchführen, wobei sich folgendes Bild ergibt:

	1911 M.	1912 M.
<b>Einnahmen:</b>		
Aufnahmegebühren	52 556	50 866
Beiträge	5 029 051	5 936 965
Extrabeiträge	49 724	39 151
Sonstige Einnahmen	511 711	551 368
<b>Ausgaben:</b>		
Verbandsorgan	406 752	549 973
Agitation	652 554	670 429
Streik- und Gemahregelunter- stützung	1 199 598	654 323
Reise- u. Arbeitslosenunterstützung	185 271	201 223
Krankegeld	704 319	791 293
Sterbegeld	211 439	205 083
Nachtsaus	104 633	116 706
Sonstige Unterstützungen	37 685	57 611
Gehälter	155 119	170 754
Verwaltungsausgaben	237 735	259 836
Bibliothek- u. sonstige Bildungs- zwecke	62 580	133 267
Beitrag an den Gesamtverband	78 370	93 382
Anteil der Sozialkassen	971 248	1 145 732
Sonstige Ausgaben	202 460	208 028

Sehr bemerkenswert ist in den Einnahmen die be-  
trächtliche Steigerung auf Seiten der regelmäßigen Bei-  
trägen, die das über die Mitgliederverhältnisse Besagte  
in vollem Maße bestätigt. Fast 340 000 Mark konnten  
auf diesem Konto mehr gebucht werden. Die übrigen  
Posten unter dieser Rubrik hielten sich nahezu die  
Wage in den beiden Vergleichsjahren. Auf der Seite  
der Ausgaben erklärt sich das Anwachsen der einzelnen  
Unterstützungsarten teilweise aus der natürlichen Zu-  
nahme der Unterstützungsberechtigten. Im Hand-  
werk stellte das Darniederliegen der Geschäftslage  
größere Ansprüche an die Einrichtungen zur Arbeits-  
losenunterstützung. Von größerer Arbeitslosigkeit als  
in den Vorjahren berichten namentlich die Holzar-  
beiter. Einen scharfen Rückgang verzeichnet das Konto  
der Streik- und Gemahregelunterstützung und zwar  
als natürliche Folge des Fehlens lang andauernder,  
nicht friedlicher Lohnbewegungen. Im Bericht für 1911  
waren mit dem bloßen Hinweis, daß allein vier Ver-  
bände rund 1 Million für Streik- und Gemahregelun-  
terstützung ausgegeben hatten, die damals sich am  
lautesten gebärdenden Schreiber über das „römische  
Streikverbot für die Christlichen“ wirksam abgetan  
worden.

Auch die mehr als 650 000 Mark Streikunter-  
stützung im Berichtsjahre werden wohl kaum die  
Schreiber wieder auf die Wildsacke rufen, zumal ange-  
sichts der weiter unten gemachten Angaben über die  
Zahl der Lohnbewegungen und Streiks.

Die Gesamtsumme der Unterstützungen außer der  
Streik- und Gemahregelunterstützung ist wiederum  
um fast 100 000 Mark gegen das Vorjahr gestiegen,  
ein Beweis dafür, wie die Beiträge in stets steigendem  
Maße den Mitgliedern in laufender direkter Unter-  
stützung zugute kommen. Seit dem Jahre 1905 bietet  
das gegenseitige Verhältnis der beiden Hauptbe-  
teilungen des Unterstützungswesens folgendes Bild:

Jahr	Insgesamt	Streik- und Gemah- regelunterstützung	Sonstige Unterstützungen
1905	1 233 321	1 000 320	233 001
1906	1 364 105	858 485	510 620
1907	1 451 748	748 270	708 478
1908	1 401 885	424 992	976 893
1909	1 708 478	489 028	1 219 450
1910	2 393 775	1 289 500	1 104 275
1911	2 442 945	1 199 598	1 243 347
1912	1 996 286	654 323	1 341 913

Sichtlichlich des Beitragswesens ist die im Jahres-  
bericht für 1911 gekennzeichnete Tendenz zur Rück-  
sichtnahme auf die Jugendlichen noch verstärkt in Wir-  
kung getreten. Auch in der differenzierenden Festsetzung

der Aufnahmegebühren kommt diese Rücknahme, wie übrigens auch vielfach für die weiblichen Mitglieder, zum Ausdruck. Der Keramik- und Steinmetzerverband benutzte die durch seine Ratener Generalversammlung ausgelöste günstige Stimmung zur Propaganda für eine freiwillige Beitragserhöhung. Etwa 30 Prozent aller Mitglieder sind gegen Ende des Jahres freiwillig in höhere Beitragsklassen übergegangen, was allerdings in den Ziffern des Berichtes erst zu einem geringen Teil zur Geltung kommt.

In den Schlussbemerkungen des Jahresberichtes wird gesagt, daß die Mitgliederentwicklung des letzten Jahres die christlichen Gewerkschaften nicht befriedigen könne; dafür kommt aber auch Begegnung darüber zum Ausdruck, daß die christlichen Gewerkschaften die Stimmung des letzten Jahres siegreich bestritten hätten. Die Wahrheit des Satzes in einer öffentlichen Erklärung des Gesamtverbandesvorstandes gelegentlich des Gewerkschaftsfreies, daß die christlichen Gewerkschaften „organisch und unzerreißbar mit dem gesamten volkswirtschaftlichen und staatlichen Leben der Nation verankert“ seien, werde durch den vorliegenden Rechenschaftsbericht mit aller Deutlichkeit erwiesen.

## Die Volksversicherung.

II.

### Die sozialdemokratische Volksfürsorge.

Auf der im vorhergehenden Abschnitt erwähnten Gesamtsituation, wie sie im privatkapitalistischen Lager hinsichtlich der Volksversicherung anzutreffen ist, baut die sozialdemokratische Volksfürsorge auf. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften und der sozialdemokratisch regierte Zentralverband der Konsum- und Produktivgenossenschaften (Sich Hamburg), haben eine Aktiengesellschaft gebildet und wollen die Volksversicherung selbst betreiben. Bereits am 1. Juli ds. J. ist die sozialdemokratische „Volksfürsorge“ in Betrieb gesetzt worden.

Die rote „Volksfürsorge“ will angeblich in „absolut neutralster und gemeinnützigster Weise“ Versicherungen auf Todesfall sowie auf Todes- und Lebensfall, Kinder- und Sparversicherungen, sowie Versicherungen mit einmaliger Prämienzahlung übernehmen. Selbstverständlich legt die gewerkschaftliche und genossenschaftliche Sozialdemokratie diese „Volksfürsorge“ nicht ins Werk an ihrer selbst willen. Der Sozialist von Elm, der Leiter derselben, hält denn auch über den wahren Zweck der roten „Volksfürsorge“ nicht hinter dem Berge, er sagt u. a.: „Ich gebe unseren Gegnern ohne weiteres zu, wenn Gewerkschaften und Genossenschaften die Volksversicherung in die Hand nehmen, dann tun sie das nicht nur, um sie zu verbilligen, sondern auch, um in ihrer Bewegung neue Stützpunkte im Volke zu schaffen.“ Das heißt, um die sozialdemokratischen Ideen überall dorthin zu tragen, wo sie bislang nur schwach oder gar nicht vordringen konnten.

Um diesen Zweck zu erreichen, ist denn auch ein Organisationsplan mit den „freien“ Gewerkschaften und dem sozialdemokratischen Zentralverband Deutscher Konsumvereine vereinbart worden, der zugleich an Jungfräi und Deutlichkeit nicht zu wünschen übrig läßt. Er lautet wie folgt:

1. „Die der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften und die dem Zentralverbande Deutscher Konsumvereine angeschlossenen Genossenschaften werden mit all ihren Funktionären in den Dienst der „Volksfürsorge“ gestellt.“
2. „Nach Möglichkeit haben deshalb die Eintassierer und Beitragskassierer der Gewerkschaften auch die Eintassierung der Prämien für die „Volksfürsorge“ zu übernehmen, wofür ihnen die hierzu festgesetzte Entschädigung zusteht.“
3. „Sobald die Gewerkschaften bezw. deren Ersten und Interassierer die Arbeit für die „Volksfürsorge“ übernommen, dann sind für die von dieser nach Verufen gegliederten Organisation nicht erfahrenen Versicherern von Gewerkschaftskartell die erforderlichen Vertrauenspersonen zu bestellen, die das Ansehen bei diesen Versicherern besorgen.“
4. „Werden die Obliegenheiten der Vertrauenspersonen seitens der Gewerkschaften am Orte nicht übernommen, dann ist von der örtlichen Verwaltungskommission unter Mitwirkung des Rechnungsführers eine territorial gegliederte Organisation ins Leben zu rufen. Der betreffende Ort ist in Bezirke einzuteilen, die so abzugrenzen sind, daß sie mit Erfolg bearbeitet werden können. Für jeden Bezirk ist die erforderliche Zahl von Vertrauensmännern zu stellen.“

Wir konstatieren also: 1. Die gesamte Sozialdemokratie mit all ihren Funktionären stellt sich in den Dienst der „Volksfürsorge“. Denn auch die Presse und Organe der politischen Sozialdemokratie kämpfen seit Monaten für das Unternehmen. 2. Die Agenten der „Volksfürsorge“ sind keine andern als die Vertrauensmänner und Agitatoren der Sozialdemokratie. 3. Für jene Volksteile, die für die Gewerkschaft beruht nicht in Betracht kommen, bestellt das sozialdemokratische Gewerkschaftskartell besondere Vertrauenspersonen. 4. In Orten und Bezirken — wie z. B. auf dem Lande — wo die Sozialdemokratie organisatorisch noch keinen Boden hat, wird eine besondere (sozialdemokratische) „Volksfürsorge“-Organisation geschaffen.

Die Sozialdemokraten wollen ein Dreifaches mit ihrer „Volksfürsorge“ erreichen: 1) Auf die Kreise der Arbeiterschaft und des kleinen Mittelstandes zunächst materiell und später dann auch ideell Einfluß zu gewinnen, an die sie, bisher weder durch die Partei noch durch die „freie“ Gewerkschaft, aber vermittelt der Genossenschaft herankommen

konnten; sie denken dabei wohl hauptsächlich an die ländlichen und gut national und christlich gefärbten Bezirke. 2. wollen sie durch die „Volksfürsorge“ große Kapitalien sammeln für die verschiedenartigen Zwecke; 3) soll denn natürlich auch den privatkapitalistischen Gesellschaften mit der roten „Volksversicherung“ Abbruch getan und eine billigere Volksversicherung geschaffen werden.

Die Gefahr, welche der christlich-nationalen Arbeiterbewegung durch die rote „Volksfürsorge“ droht, ist nicht zu unterschätzen. Wie schon angedeutet, wird die „Volksfürsorge“ für die Sozialdemokraten ein geeignetes Mittel sein, um auch an die Frauen und Kinder, sowie die ländliche Bevölkerung heranzukommen. Die Sozialdemokratie will durch die „Volksfürsorge“ schon den natürlichen Nachwuchs, die Kinder, möglichst zeitweilig durch eine, den sozialdemokratischen Zwecken dienbare Wohlfahrtsrichtung an sich fesseln. Nahezu 50 000 sozialdemokratische Agenten, die meistens zugleich auch die Eintassierer und Vertrauensleute der „freien“ Gewerkschaften oder der sozialistischen Konsumvereine sind, werden bereits auf unser Volk losgeschickt, um in die entlegenen Dörfer und Städtchen den Samen des Sozialismus in die Arbeiterhäuser und bei den kleinen Besitzern auszustreuen. Daselbst geschieht natürlich ebenso in den Industrietheilen. Der Erfolg für die sozialdemokratische Partei und deren „freie“ Gewerkschaften, so wie für die Konsumgenossenschaften „Samborg (sozialdem.)“ „Sichtung“ kann gar nicht zweifelhaft sein.

Für die christlich-nationalen Arbeiterbewegung bedeutet die rote „Volksfürsorge“ zweifellos eine Gefahr, indem sie derselben die Entwidlungsmöglichkeiten in Arbeiterkreisen, die gegenwärtig noch eine christlich-nationale Meinung aufweisen und insbesondere auch in ländlichen Bezirken, zu unterbinden geeignet und bereitet ist.

Die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften selbst sind durch die rote „Volksfürsorge“ nicht gefährdet, denn diese werden rechtzeitig aufklärt und können daher die Schliche der Sozialdemokraten zu genau, um darauf überhaupt heranzufallen. Wohl aber können leicht die Leute, die für die christlichen Gewerkschaften als zukünftige Mitglieder in Frage kommen, von den Sozialdemokraten mit ihren Schlagworten „neutral“ und „frei“ dupiert und eingefangen werden. Insbesondere wird es den sozialdemokratischen Agenten in vielen Fällen ein Leichtes sein, die Arbeiterfrauen und die Frauen der sonstigen kleinen Leute für die „Volksfürsorge“ zu fesseln.

Ferner gewinnen die Sozialdemokraten mit ihrem „Treuhand“, wie sie selbst ihre drei Hauptorganisationen nennen, also mit der roten Partei, der „freien“ Gewerkschaft und den Genossenschaften, verbunden mit der „Volksfürsorge“, eine gewaltige wirtschaftliche Macht. Sie üben ihren Einfluß auf unser Wirtschaftsleben, auf die Unternehmer und die Geldinstitute in ganz eminenten Weise. Der Resonanzboden für die christlich-nationalen Arbeiterbewegung wird dadurch aber förmlich zurückgedrängt und kleiner.

Diese Gesamtsituation macht es unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung zur Pflicht, die Augen offen zu halten. Wir sind eine junge Bewegung und haben alle Ursache, unsere verfügbaren Kräfte in erster Linie auf die Ausbreitung der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu verwenden, damit wir möglichst überall vertreten sind und die christlichen Arbeiter beim Abschlus von Lohn- und Arbeitsverträgen von den Sozialdemokraten nirgends ausgegliedert werden können. Werken wir uns nun ebenfalls mit voller Kraft auf das Gebiet der Volksversicherung, so ist es sehr gut denkbar, ja sogar wahrscheinlich, daß der Gewerkschaftsagende mehr in den Hintergrund tritt und die Bewegung dadurch, gebremst wird.

Eine junge Bewegung hat naturgemäß viel weniger einen Heberluft an agitatorisch tätigen Kräften, als die ältere sozialdemokratische Bewegung. Ruhig zusehen können wir der Entwicklung der Dinge auf dem Gebiete der Volksversicherung jedoch keinesfalls! (Fortf. folgt.)

### Eine tendenziöse Kritik

Über die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftspresse am Jahresbericht der christlichen Gewerkschaften für 1912. Das braucht weiter niemanden zu wundern, denn es hat jeder zum Dankwerk der genannten Presse gehört, die christlichen Gewerkschaften unter allen Umständen zu verächtlichen und zu verunglimpfen. Letztere können noch so ernstlich betriegt sein, für die Arbeiter eingetretene, können noch so viele Opfer für die Hebung des Arbeiterstandes bringen, für die sozialdemokratischen Osz- und Schimpfepoel sind sie deshalb nach wie vor „Arbeiterverräter“, „Streikbrecher“ usw. Auf diesen Väterton ist auch die Kritik der Tageszeitung gestimmt, die mit dem trüben Bunde schreht: „Für die deutsche Arbeiterschaft würde es eine glückliche Stunde sein, wenn die christlichen Gewerkschaften verschwinden würden.“ Das ist ein jammervoller Wunsch und die christlichen Gewerkschaften werden dafür sorgen, daß unsere roten Zeitgenossen nicht mehr von Johannismergen gegloppt werden, bis er sich erfüllt. Wie der Kritiker der Tageszeitung arbeitet, dafür nur eine kleine Blütenlese. Er behauptet: „Die geringe Aufmerksamkeit der Kampfmittel zeigt die Bedeutungslosigkeit der christlichen Gewerkschaften für die wirtschaftliche Hebung der Arbeiterklasse.“ Zur Begründung führt der Mann an, daß der größte christliche Verband im Berichtsjahre für Streiks nur 63 782 Mark aufgewendet habe. Er unterschlägt aber, daß andere christliche Berufsverbände für den gleichen Zweck mehr ausgegeben

haben, z. B. die Metallarbeiter 183 000 Mark, die Tabakarbeiter 89 000 Mark, die Holzarbeiter 71 000 Mark und daß selbst kleinere Organisationen ganz beträchtliche Mittel aufgewendet haben, brauchen die Leser der Tageszeitung nicht zu wissen. Die materiellen Erfolge der christlichen Gewerkschaften und ihre Tarifabschlüsse verweigert die Tageszeitung ebenfalls. Sie werden mit den alten Sprichlein eingetun: Ohne die freien Gewerkschaften würden die christlichen Gewerkschaften nichts erreicht haben. Nun haben sie aber noch ihrem Jahresbericht von 1911 Bewegungen 355 allein gemacht und bei 114 Bewegungen war die Mehrzahl der Beteiligten christlich organisiert. Aber über solche Zutrifäden stolpert natürlich kein sozialdemokratischer Kritiker. Wenn sie es nur verziehen, die Köpfe aus dem Sanden zu pfücken und alles für ihre Zwecke nutzbar zu machen, dann stehen sie in hohem Ansehen bei den Genossen.

Auf den gleichen Ton wie diese tendenziöse Kritik ist auch eine Besprechung unseres Jahresberichtes in Nr. 28, 1913 der Tageszeitung getrimmt. Da wird bemängelt, daß in dem Auszug aus dem Jahresbericht, den wir in unserem Verbandsorgan veröffentlichten, das Wichtigste nämlich, wie viel Lohnbewegungen wir aus eigener Kraft geführt und wie viel wir nur beteiligt waren, nicht mitgeteilt hätten und bezeichnet dies als eine Täuschung der Öffentlichkeit wie unserer Mitglieder. Wir haben keine Ursache, weder unseren Mitgliedern noch der Öffentlichkeit etwas vorzuzulassen. Was der Kritiker der Tageszeitung in unserem kurzen Auszug vermist hat, kann er alljährlich in der der breiten Öffentlichkeit zugänglichen Tarifsituation des Reichsarbeitsblattes, sowie dem allgemeinen Jahresbericht der christlichen Gewerkschaften in deren Zentralblatt nachlesen.

Sehr unvorsichtig war es vom Kritiker der Tageszeitung, zu schreiben: „Es werden Terrorismussfälle erhandelt und unsere Mitgliedern angebahnt, harmlose Vorkommnisse zu Terrorismus aufgeblasen“ usw. Wahrscheinlich, dem Kritiker muß schon selbst jede Achtung vor der Uebersetzung anderer abhandeln gekommen sein, wenn er die Verhöhnung und Verpötlung christlich-organisierter Kollegen auf den Werkstätten als „harmlose Vorkommnisse“ bezeichnet. Kommt ihm denn nicht zum Bewußtsein, daß er damit seine Mitglieder nur antreibt, diese „harmlosen Vorkommnisse“ noch mehr zu profitieren? Aber natürlich, darin erblickt ja der Kritiker ein Mittel, unsere Mitglieder aus den Werkstätten hinauszujelen, ohne sich rechtlich dagegen wehren zu können. Sollen wir den Kritiker an die gerichtlich festgestellten Terrorismussfälle erinnern, oder will er behaupten, daß auch diese den Mitgliedern des sozialdemokratischen Verbandes angebahnt sind?

Ebenso unvorsichtig war es von dem Berichtshatter der Tageszeitung, auch noch einmal auf die Aischaffenburg Bewegung vom Jahre 1907 zurückzukommen; gerade als wollte er nochmal daran erinnern werden, daß uns damals sozialdemokratischerseits reichlich Anknüpfel zwischen die Beine geworden wurden, zum Schaden der Arbeiter und zum Nutzen der Arbeitgeber. Der Furor Politikus und Konfessionalismus ist selten bei einer Bewegung so ungeniert entfacht worden, als bei der Aischaffenburg Bewegung von 1907. „Tageszeitung“ und „Frankfurter Volksstimme“ gingen dabei geteilt Hand in Hand.

Das Hauptgewicht der Kritik wird auch hier auf die Behauptung gelegt, unsere Tarifabschlüsse und gewerkschaftlichen Erfolge hätten wir nur dem sozialdemokratischen Schneiderverband zu verdanken.

Wir sind weit entfernt davon, dem sozialdemokratischen Schneiderverband seine Erfolge auf tariflichem Gebiete zu verdunkeln, sie aber ganz allein für sich zu beanspruchen, wie es der Kritiker der Tageszeitung tut, ist eine Uebershebung und läßt als solche keine Wirkung auf uns aus, höchstens auf solche, die selber nicht alle werden oder solche, die alles durch die rote Brille betrachten. Gätten unsere Kollegen am christlichen Schneiderverband keinen so starken Mißhalt gehabt, der sozialdemokratische Schneiderverband würde sie mit Freuden in einer Anzahl von Städten um den Erfolg ihrer Opfer gebracht und sie von den Tarifabschlüssen — zu deren Erringung sie mitgekämpft haben, ausgegliedert haben.

Auch auf sein Konto ist es nicht zu legen, daß die Tarifentwicklung im Schneidergewerbe auch den in der Minderheit befindlichen Organisationen die Gleichberechtigung gebracht hat und daher können wir alle Erfolge, die auf diesem Gebiete errungen werden, mit dem gleichen Rechte wie die Tageszeitung auch für uns in Anspruch nehmen. Dies um so mehr, weil wir seit Beisehen unseres Verbandes so viele Bewegungen allein geführt und so oft den Anstoß zu gewerkschaftlichen Aktionen gegeben, und auch bei allen großen Tarifbewegungen ehrlich und erfolgreich mitgewirkt haben. Daher berührt uns auch die Verleinerungssucht des Kritikus in der Tageszeitung nicht; er wird uns weder in unserer praktischen Arbeit fördern noch in unserer Entwicklung hemmen können. Dafür sorgen mit uns unsere Mitglieder im ganzen Reiche.

### Die bevorstehenden Krankenkassenwahlen.

Nunmehr besteht über den Termin der demnächst stattfindenden sozialen Wahlen nach der neuen Reichsversicherungsordnung volle Klarheit. Der Minister für Handel und Gewerbe hat unter dem Datum des 19. Juni 1913 an die Oberversicherungsämter Anweisung ergehen lassen, daß die Wahlen zu den Ausschüssen (früher Generalversammlungen) der neu zu errichtenden bezw. auszugestalteten Allgemeinen Ortskrankenkassen, ebenso auch die zu den neu errichteten Betriebs- und Innungskrankenkassen, so schnell als möglich